

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesstraße 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,80. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 4 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeile ober deren Raum 15 Pfennige, für Berammlungen, Arbeits- und Wohnungsangelegenheiten nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236

Donnerstag, den 8. Oktober 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Das demokratische Prinzip und seine Anwendung.

Zum Gothaer Parteitag.

(Aus der „Neuen Zeit.“)

(Schluß.)

Es ist jedoch schwer abzusehen, warum das demokratische Prinzip es erheischen soll, daß die Volksvertretung nicht nach einzelnen Wahlkreisen, sondern nach über das ganze Land hin vertheilten Wählergruppen, d. h. Parteien, gewählt werden soll. Die Proportionalwahl ist nicht die Frage eines politischen Prinzips, sie ist eine reine Frage der Wahltechnik, und ist als solche nach ihrer Zweckmäßigkeit zu beurtheilen. Womit übrigens, wie nach dem Vorkergeschichten selbstverständlich, nicht gesagt sein soll, daß selbst wenn sie eine Frage des demokratischen Prinzips wäre, die Prüfung der Zweckmäßigkeit der Einführung des Proportionalwahlsystems damit zu einer überflüssigen Sache gestempelt wäre. Nur bei häufig sei daher darauf verwiesen, daß selbst Parteien, die sich sonst der Demokratie sehr feindlich gegenüber stellen, sich für den „Proporz“ begeistern, und daß derselbe mit jedem System der Wahlberechtigung vereinbar ist, so daß überall da, wo das gleiche Wahlrecht noch nicht erreicht ist, die übermäßige Betonung des Proportionalprinzips der Bewegung für Erweiterung des Wahlrechts hinderlich werden zur Folge haben kann, daß statt dieser jenes auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Gehen wir indes auf die Frage der Anwen und des Proportionalwahlsystems ein, so stoßen wir gleich am Anfang auf die Frage: welches Proportionalwahlsystem? Wie man weiß, giebt es eine ganze Reihe von Systemen der Proportionalwahl. Vor die Aufgabe gestellt, Zahlen gerechtigkeit mit Uebersichtlichkeit und Leichtigkeit der Handhabung zu vereinigen, haben die Verfasser dieser Systeme nothgedrungen entweder ein Stück Zahlengerechtigkeit der leichten Praktikabilität oder umgekehrt, die Praktikabilität der Zahlengerechtigkeit geopfert. Nur für verhältnißmäßig kleinere Wahlgebiete (Gemeinde und Kreis, bezw. Kanton) existiren zur Zeit anwendbare Proportionalwahlsysteme.

Sobald es sich um die Wählerschaft eines größeren Gebietes (Reich oder Großstaat) handelt, scheitert die Anwendbarkeit an der Schwerefalligkeit, die sich mit den größeren Zahlen einstellt, und man muß seine Zuflucht dazu nehmen, daß man Unterdistrikte bildet, womit dann wieder die Zahlengerechtigkeit zu einem großen Theil in die Brüche geht. Der Vorschlag, nach großen Landes- oder Reichsparteilisten zu wählen, ist keine Lösung, sondern eine Umgehung des Problems. Er verlegt es von der Allgemeinheit in die Parteien, die, wenn sie ihre Listen nicht nach den für undemokratisch erklärten Systemen aufsetzen wollen, sich in Gesellschaften von Mathematikern zu verwandeln hätten. Zudem ist schon von anderer Seite (Parvus in der „Sächsischen Arbeiterztg.“) darauf hingewiesen worden, daß das Proportionalwahlsystem, während es auf der einen Seite geschlossene, wohlgeordnete, ja hyperdisziplinierte Parteien voraussetzt, auf der anderen die Zersplitterung der Parteien, die Parteinag nach allen möglich n sektiererischen Liebhabereien begünstigt. Wir kommen dem Regen in die Traufe, von der einfachen Mathematik in die analytische. Das Proportionalwahlsystem mag für ein Land mit sehr vorgeschrittenen politischen Einrichtungen und einer politisch gereiften Wählerschaft ein gefahrloses Experiment sein, auch für im Ganzen homogene oder auf bestimmte Aufgaben beschränkte Wählerschaften (also Gemeinde, Kreis, Regierungsbezirk oder Provinz) passen, für die europäischen Großstaaten, die alle noch sehr viel wichtigere Fragen der Demokratisierung ihrer Einrichtungen zu lösen haben, ist es zur Zeit weder dringend, noch selbst annehmbar. Es würde für die deutsche Sozialdemokratie ein verhängnißvoller Fehler sein, wollte sie um der Chimäre einer zahlengerechten Vertretung im Reichstag willen die Erringung des Proportionalwahlsystems auf ihr Agitationsprogramm setzen, denn das ohne größere Gefahren für das politische Leben praktikable Proportionalwahlsystem für den Reichstag ist vor der Hand noch Geheimniß des Mannes im Monde. Gehen man aber nicht genau festgestellt hat, welches System des „Proporz“ man will, ist es sinnlos und Schlimmeres, für „den“ Proporz Zeit und Mühe aufzuwenden, die sehr viel dringenderen Aufgaben entzogen werden müßte. Das ist sogar den Genossen in denjenigen Kleinststaaten

aus Herz zu legen, wo die Agitation für den Proporz von andern Parteien auf die Tagesordnung gesetzt worden ist oder aus bestimmten örtlichen Gründen brechen erscheint. Wir können ihnen nur empfehlen, sich die je weilig vorgeschlagenen Systeme sehr genau anzusehen, bevor sie sich durch den demokratischen Ruf der Zahlengerechtigkeit zur Zustimmung bewegen lassen. *)

Wir haben mit Absicht oben den Ausdruck „Chimäre der zahlengerechten Vertretung“ gewählt. Denn warum der Eifer für das Proportionalwahlsystem? Bei den Wenigsten um der Schönheiten des Eimmaleins willen. Man hofft, durch dasselbe eine Vertretung im Parlament zu erlangen, die dem Verhältniß der beim Einzelwahlsystem erlangten Wählerzahlen besser entspricht als die bei diesem erzielte. Ein solches Mißverhältniß ist nun in der Regel das Loos junger Parteien oder von Parteien, die durch die Ungleichheit der Wahlkreise besonders benachtheiligt sind. Das Wahlssystem zu Gunsten der Leichtigkeit von allerhand Parteibildungen zu stützen, hieße aber in einem Lande, wo die Kräftigung der Parteien gegen die Zentralgewalt die einzige Garantie politischer Freiheit ist, die demokratische Praxis einem vermeintlichen demokratischen Prinzip anopfern. Die schlechten Wählungen ungleicher Wahlkreise lassen sich aber beseitigen, indem man die Ursache — d. h. eben diese Ungleichheit der Wahlkreise — aufhebt oder darauf hinwirkt. Reicht der Einfluß der Partei nicht so weit, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen, so würde er auch wohl schwerlich dazu ausreichen, eine Form des Proporz zu verhindern, bei der sie den kürzeren zöge.

Selbst angenommen, die Quadratur des Kreises, das ideal zahlengerechte Wahlverfahren, wäre gefunden und proklamiert, welchen stichhaltigen Grund haben wir anzunehmen, daß das Resultat die Wahl der 95 Abgeordneten wäre, die der Sozialdemokratie nach den 1 2/3 % Mill. Stimmen zufallen müßten, die sie im Jahre 1893 erlangt hat? Gar keinen. Ein so grundverschiedenes System der Abstimmung würde ganz nothwendiger Weise auch die Stimmabgabe modifizieren. Heute stimmt der Wähler nicht nur für die Partei, sondern auch für den Mann, das zahlengerechte Wahlverfahren müßte ihm zu, für eine Liste, für eine Partei, für einen „Begriff“ zu stimmen, oder aus so und so viel Hundert vorgeschlagenen Kandidaten so und so viel Hundert auszusuchen, von denen ihm die Meisten noch weniger sind als ein Begriff. Und da die Wählerschaft keiner Partei bloß aus Parteimitgliedern besteht, spricht Alles dafür, daß das Resultat solcher Abstimmung grundverschieden von dem der Wahl von Abgeordneten in Einzelwahlkreisen sein wird. Für die Parteien böte das zahlengerechte Wahlverfahren bis auf Weiteres daher nur die Aussichten einer Lotterie, sie haben mit einer noch unbekannteren Größe zu thun. Ferner ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Erweiterung der Wahlgebieteinheit auf die Dimensionen eines Großstaats oder Reiches auf die Emurgie der Wähler eher lähmend als anfeuernd wirken würde. Je weiter der Umkreis des Bethätigungsgebietes, um so geringer das Gefühl der Verantwortlichkeit der Einzelnen; das ist ein allbekanntes psychologisches Gesetz, das sicher sich auch hier betheiligen würde.

Mancher möchte für all das darin eine Entschädigung suchen, daß das persönliche Moment aus dem Wahlkampf ausgemerzt und durch das objektive verdrängt würde. Auch das soll bekanntlich das demokratische Prinzip heißen: Wir sind jedoch anderer Ansicht. So lange überhaupt Volksvertretungen existiren, so lange wird das persönliche Moment von dem objektiven nicht zu trennen sein. Die Einrichtung der Volksvertretung beruht auf dem Prinzip gesellschaftlicher Arbeitstheilung, man wählt keine Maschine, sondern einen Arbeitsgeber oder Verwalter. Nichts abgeschmackter, nichts irreführender, nichts innerlich unwahrer als das Gerede von der Gleichgiltigkeit der Personen. Man kann das persönliche Moment überschätzen, es existirt aber, und wie seine Ueberschätzung rächt sich seine Ignorirung. Wir sind keine Parlamentarier, werden keine werden, und sind sicher weit davon entfernt, im parlamentarischen Kampf mehr als eine Seite des Kampfes der Sozialdemokratie zu erblicken oder ein Ueberwuchern der Hingabe an denselben für wünschbar zu halten. Wir halten die außerparlamentarische Aktion für die Organisation und wirtschaftliche Hebung der Arbeiter für eine

*) Natürlich giebt es noch Schlimmeres wie die Proporz. So z. B. die Listenwahl, wie sie Gambetta in Frankreich einführt, und die so ziemlich alle Fehler des Proporz ohne dessen Vorzüge für sich hat.

Sache von der größten Wichtigkeit, sind in dieser Beziehung sehr geneigt, der Selbsthilfe ein gut Theil mehr Zugeständnisse zu machen, als es gewöhnlich sozialistischerseits der Fall. Aber Alles an seinem Platze. Es ist absurd, in unserer modernen Gesellschaft die Gesetzgebung für unbedingt erklären zu wollen, und für das Amt gehört auch der rechte Mann. Die Wähler haben Recht, wenn sie nicht A, B, C wählen wollen, sondern Schulze, Müller und Lehmann, Leute, die sie kennen oder von denen sie wenigstens durch das Medium von Vertrauensmännern wissen, wer sie sind. Es heißt den Gedanken der Demokratie verkennen oder verzerren, wenn man das persönliche Moment bei der Wahl des Volksvertreters aufheben will. So lange man sich der Person nicht überhaupt entschlagen kann, muß man sie auch als Persönlichkeit nehmen.

Das Prinzip der Demokratie findet seine Grenze resp. Ergänzung in dem Prinzip der gesellschaftlichen Arbeitstheilung. Absolute Gerechtigkeit könnte es nur da beanspruchen, wo die Menschen völlig gleiche Funktionen erfüllen, also etwa in einer der niedrigsten Stufen gesellschaftlicher Entwicklung entsprechenden Gemeinschaft. In der Produktion liegt das auf der Hand. Wir mögen bis an den Eingang zur Werkstatt gleich sein, aber in der Werkstatt sind wir es nicht mehr. Da muß der Ingenieur anordnen und der Schlosser, Dreher usw. ausführen, da kann der Heizer nicht nach seinem Kopf verfahren und den Kessel abstellen, wenn es ihm paßt. So in jedem großen Wirtschaftsunternehmen, so aber auch in der Wirtschaft selbst. Ueberall, wo Kooperation ist, ist Arbeitstheilung, und wo Arbeitstheilung ist, ist Verschiedenheit der Funktionen, wo Verschiedenheit der Funktionen Verschiedenheit der Vollmacht. Diese sind heute vielfach übertrieben, weil das überkommene Klassenmoment hineinspielt, weil der Herr Ingenieur in der Regel der herrschenden Gesellschaftsklasse angehört und der Dreher der beherrschten. Diese Uebertreibung, der Absolutismus in der Werkstatt etc., läßt sich beseitigen und wird im Laufe der Entwicklung beseitigt werden. Aber eben nur die Uebertreibung, die Differenzierung wird darum doch bleiben. Sie wird nur ihre Schärfe dadurch verlieren, daß die Menschen selbst vielseitiger ausgebildet und vielseitiger beschäftigt werden, so daß die Unterordnung wechself. *)

Die Sozialdemokratie kann sich nicht außerhalb der Gesellschaft stellen, in der sie lebt, kann also auch in ihren Reihen die thatsächlichen Unterschiede nicht ignoriren. Es wird immer ihr Bestreben sein müssen, für jeden Posten den möglichst geeigneten Mann herauszufinden, und das trifft auch für die Vertretung im Parlament zu.

Im Uebrigen sind für die Verwirklichung der Demokratie noch wichtigere Aufgaben zu erfüllen als die Verbesserung der Stimmzählungsmethoden. Sehr viel wichtiger ist die Demokratisierung der Verwaltung, die bessere Vertheilung der Verwaltungsaufgaben und die Demokratisierung des Wahlrechts zu den Verwaltungskörpern. Ob die Arbeiterklasse statt durch 45 durch 95 Abgeordnete im Reichstag vertreten ist, das würde an den Dingen vorderhand wenig ändern, denn die Gesetze würden kaum viel anders ausfallen als jetzt. Aber noch ist der Eintritt in die meisten Landtage, in die Provinzial- und Kreisvertretungen den Arbeitern verschlossen, und in den Gemeindevertretungen nur mit großen Einschränkungen möglich. Das möchte Manchem heute als gleichgültig erscheinen gegenüber den großen Erfolgen bei den Reichstagswahlen. Ohne diese zu verkleinern, müssen wir jedoch daran erinnern, daß diese Erfolge zum Theil das Produkt außergewöhnlicher Umstände sind, und daß im Uebrigen „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.“

Wir erkennen also an, daß innerhalb gewisser Grenzen und unter bestimmten Verhältnissen — sehr vorgeschrittene politische Einrichtungen — das Proportionalwahlsystem wünschbar sein mag. In Deutschland, wo noch so viele Elementarbedingungen demokratischen Lebens fehlen, ist es ein Luxusartikel, für den Kraft einzusetzen sie wichtigeren Arbeiten entziehen hieße.

*) Beispiele dafür giebt es schon heute. So kommen bei sogenannten freiwilligen Feuerwehren Subordinationsverhältnisse vor, die den bürgerlichen Lebensstellungen der betreffenden Personen direkt widersprechen. Desgleichen beim Heer, und sie würden dort noch häufiger sein, wenn nicht in Deutschland bei den Heeresrichtungen dem ständischen Prinzip Rechnung getragen würde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Von deutscher Wählerfreiheit. Seit zwei Jahren macht Bebel vergebliche Versuche, seinen Straßburger Wählern Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage zu erstatten. Es gelingt ihm weder einen geeigneten Saal, noch die Erlaubnis zu einer Versammlung unter freiem Himmel zu erhalten. Etsässische und Wabische Behörden sind wetteifernd bemüht, seiner Berichterstattung alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auch der Versuch, Sonntag in Neumühl bei Kehl eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten, scheiterte an dem Verbote des Kehler Bezirksamts. Das Verbot erfolgte auf Grund des § 11 und 4 des badischen Vereins- und Versammlungs-Gesetzes vom 11. Nov. 1887 und wurde damit begründet, daß von der Versammlung eine Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten sei.

Die Begründung kann als stichhaltig nicht erachtet werden. Abern ist die Begründung auch deshalb, weil eine Versammlung, die Bebel im Herbst 1894 an der Ringbrücke bei Kehl unter freiem Himmel veranstaltete, in voller Ruhe verlaufen ist. An Stelle der verbotenen Versammlung beabsichtigten unsere Genossen Sonntag in Neumühl ein Volksfest mit Bebel als Festredner abzuhalten. Das Volksfest wurde gleichfalls verboten mit der Motivierung, es sei als Fortsetzung der Versammlung anzusehen. Trotz des Verbotes hatten sich etwa 500 Personen eingefunden. Ein Referendar aus Kehl erschien an der Spitze von 12 Genossen und ließ durch den Wachtmeister die Ausrufe verlesen. Die Menge ging auf erfolglose Aufforderung, die im Weigerungsfalle mit Waffengewalt drohte, friedlich und ruhig auseinander, so am Besten die Begründung des Verbotes widerlegend. Von Neumühl begaben sich unsere Genossen nach Kehl in den Wirtschaftsgarten zum „Wilden Mann“, wo der Sozialistenmarsch und andere Lieder gesungen wurden. Ein weiteres polizeiliches Einschreiten erfolgte nicht. Auch der ungeklärte Verlauf der Veranstaltung im „Wilden Mann“ bewies, daß das Verbot des Volksfestes überflüssig war. Gegen die Versammlung wird Rekurs an das badische Ministerium in Karlsruhe eingelegt werden. Einstweilen aber steht die Thatsache fest, daß es trotz des Erlöschens des Sozialistengesetzes einem deutschen Reichstagsabgeordneten unmöglich ist, mit seinen Wählern in direkten mündlichen Verkehr zu treten. In Elsaß-Lothringen gehören Versammlungsverbote zum eisernen Inventar des Systems der Diktatur.

Essen—Tilsit. Mit diesen beiden Worten läßt sich von nun an das ganze Wesen unserer Gesellschaft mit ihren Klaffen und Anschauungen, mit ihrer unüberbrückbaren Kluft zwischen Unterdrückten und Unterdrückten, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten bezeichnen, nachdem aus Tilsit die aufsehenerregende Nachricht kommt, daß der des Meineids überführte Stadtrath und Sozialistenhater Witschel von den Geschworenen freigesprochen wurde. Es steht unwiderleglich und zugegebenermaßen fest, das Witschel falsch geschworen hat — und dennoch kommen die Geschworenen zu einer Freisprechung! Wie ist das möglich, wird man fragen — ja wie ist das möglich! Das Witschel geisteskrank sei, hat keiner seiner Bekannten wahrgenommen, wahrgenommen hat man aber allgemein, daß der Herr Stadtrath „schwere Weine“ trank, und zwar täglich 1 bis 2 Flaschen, woraus sich wohl auch seine „Schneidigkeit“, die er oft den Sozialdemokraten gegenüber an den Tag legte, erklären läßt. Aber eine Freisprechung von der erwiesenen Anklage des Meineids läßt sich daraufhin nicht begründen; wie aber kamen die Geschworenen zu ihrem „Nichtschuldig?“ Doch halt, die medizinischen Sachverständigen wollen herausgefunden haben, daß Witschel an einer „fortschreitenden allgemeinen Paralyse“ leide, keine freie Willensbestimmung hatte, und am 13. Dezbr. 1895 (an dem Tage, wo er einen Meineid schwor), der Meinung gewesen sei, daß er die Wahrheit sage.“ Worauf stützen sich die Sachverständigen? Man höre: Weil sich Witschel seiner unangenehmen Streiche nicht erinnern will — sicher ein Beweis, daß er an Gedächtnisschwäche leidet! Aber wenn dem wirklich so wäre, warum hat man dann Witschel zum besoldeten Stadtrath gewählt und ihn so lange im Amte gelassen? Und warum hat man ihn zum Stadtrath gewählt, trotzdem er sich früher mehrere Vergehen im Amte hat zu schulden kommen lassen? Wohl deshalb, weil aus seinen Amtsverletzungen seine „Schneidigkeit“ sprach und Witschel sich als eine würdige Ordnungsstütze und als brauchbarer Sozialistenhater erwies? Ja, so lange Witschel im Amte war wollte man keine geistigen Defekte an ihm entdecken, aber jetzt, wo die Ordnungsstütze ins Zuchthaus wandern sollte — ja, Bauer, das ist etwas anderes! Wenn aber Witschel ein Arbeiter und noch dazu Sozialdemokrat gewesen wäre, glaubt man, die Sachverständigen hätten dann auch entdeckt, daß der Angeklagte keine freie Willensbestimmung habe und der „Meinung gewesen sei“, die Wahrheit gesprochen zu haben? —

Wir bezweifeln es! Damit wollen wir nicht sagen, daß die Sachverständigen und Geschworenen wider besseres Wissen gehandelt hätten — o nein! Sie haben gehandelt den Anschauungen ihrer Klasse entsprechend, indem sie von ihrem Standpunkte aus die Handlungen eines Stadtrathes und „Ordnungs“menschen ganz anders beurtheilen, als sie die Handlungen eines Arbeiters und Sozialdemokraten beurtheilt hätten. Wie die Geschworenen in Essen in den Bergleuten Schröder und Genossen, die durchweg als hochachtbare Männer und als das Gegenstück von Trunkenbolden bekannt sind, nur verkommene

Menschen sahen, denen man jede Schlechtigkeit zutrauen kann, so sahen die Geschworenen in Tilsit in Witschel einen „Vertreter der Ordnung“, der nur an einem „krankhaftem Zustande“ gegen die Ordnung verstoßen konnte. Der Unterschied liegt eben darin, daß die Geschworenen in Essen über Angehörige einer ihnen feindlich gegenüberstehenden Klasse zu urtheilen hatten, während in Tilsit der Angeklagte zu der Klasse gehört, aus welcher sich die Geschworenen zusammensetzen. So bildet der Prozeß in Tilsit ein sehr passendes Gegenstück zu dem Prozeß in Essen. Beide werden der Nachwelt auf das Deutlichste zeigen können, wie groß die Kluft war, welche am Ende des neunzehnten Jahrhunderts die menschliche Gesellschaft in zwei Klassen theilte. Und wenn es jemand wagen wollte, diese Kluft zu leugnen, dem brauchen wir nur die beiden Worte immer entgegenzuhalten: Essen und Tilsit!

Ueber die Naumannianer schreibt die „Köln. Volksztg.“, das bekannte Centrumsblatt: „Ueberblicken wir dies alles, so kommen wir zu dem Resultat, daß die „National-Sozialisten“ gar keine Ursache haben, zu verzagen, sondern sich recht guter Aussichten erfreuen. Allerdings darf man aber auch in diesem Falle wohl sagen: „Das Ende trägt die Last.“ Unsere größte Befürchtung ist nämlich nicht, daß die Herren Naumann und Böhre keinen Zuspruch haben, sondern daß, wenn der national-sozialistische Frosch erst etwas angewachsen ist, er von dem sozialdemokratischen Storch aufgefressen werden wird. Denn je näher die Entscheidung heranrückt, desto mehr werden alle Zwischen-Nuancen verschwinden, bis die Welt in zwei große Heerlager geschieden ist. Daß dann die National-Sozialisten der verbendenen Kraft der Sozialdemokratie verfallen müssen, leuchtet ohne weiteres ein.“

Genosse Reichstagsabgeordneter Meister in Hannover ist in kurzer Zeit zum dritten Mal vor den Untersuchungsrichter geladen, um als Angeeschuldigter vernommen zu werden. Die Ladungen erfolgten zum 25. und 28. Septbr. und die letzte zum 3. Oktober. Das bemerkenswerthe aber ist, daß in jeder der Vorladungen der Passus enthalten ist: „Im Falle Ihres Ausbleibens wird Ihre Vorführung erfolgen!“

Genosse Meister denkt natürlich gar nicht daran, der Vorladung Folge zu geben und der Staatsanwalt wird schon zur rechten Zeit sich davon überzeugen, daß er gegen die verfassungsmäßig den Reichstagsabgeordneten gewährte Immunität machtlos ist. Bezeichnend ist aber an der Angelegenheit, daß überhaupt einem Abgeordneten die Vorführung angedroht wird. Freilich, man kennt ja die Schneidigkeit der hannoverschen Justiz.

Eugen Richter hantuiert, weil ihm die Freisinnige Vereinigung bez. der Besetzung der Moskauer Reichstagskandidatur in die Suppe gespuelt hat.

„Der Genossenschaftsanwalt Dr. Hans Crüger hat, schreibt die „Frl. Ztg.“, den Wunsch, in Klostoz zu kandidiren, aufgegeben. Eine Klaffstellung dieser Kandidatur war überhaupt nicht erfolgt. Herr Dr. Crüger hatte, wie in der „Frl. Ztg.“ schon wiederholt hervorgehoben worden, entsprechend seiner besonderen Stellung im Genossenschaftswesen, seine Kandidatur für Klostoz nur in Erwägung genommen, geleitet von dem Wunsch, daß dieselbe hier zu einer Einigung aller Liberalen führen könnte. Statt dessen hat sich herausgestellt, daß der sogenannte „liberale Wahlverein“, weit entfernt, wie er vorgiebt, den Gesamtliberalismus zu vertreten, in fanatischem Fraktionspartikularismus jeden Kandidaten von vornherein zurückweist, der sich nicht verpflichtet, der Freisinnigen Vereinigung beizutreten. — Das Weitere wird sich in Klostoz später finden.“

Der arme Bachnick wird nun den grimmen Born des freitbaren Eugen von Hagen kosten müssen.

Die Initiative zu den Maigesetzen. Die „Germania“ hatte kürzlich behauptet, die Initiative zu den Maigesetzen sei nicht vom Kultusminister Falk, sondern vom Bismarck ausgegangen. Minister Falk habe seine Bedenken bezüglich dieses Gesetzes Bismarck mitgetheilt, Bismarck aber habe darauf bestanden, und ihm (dem Kultusminister) sei nichts übrig geblieben, als der Anforderung Folge zu leisten. Die „Hamb. Nachr.“ traten dieser Behauptung entgegen und fügten hinzu, daß Staatsminister Dr. Falk auf eine Anfrage gewiß bejahend würde, daß die gegen Bismarck gerichteten Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen. Der „Westfälische Anzeiger“, welcher in Hamm erscheint, hat an den früheren Minister Falk, d. r. bekanntlich Oberlandesgerichtspräsident in Hamm ist, eine desfallige Anfrage gerichtet. Darauf hat Herr Falk geantwortet, er habe es bisher unterlassen, Berichtigungen zu falschen Behauptungen über seine Thätigkeit als Minister eintreten zu lassen und gebente, soweit irgend möglich, bei dieser Haltung zu bleiben. Da er aber nicht zu irren glaube, daß die Aufforderung der „Hamb. Nachr.“ gegenüber der „Germania“ im Sinne „einer von ihm besonders hoch verehrten Stelle“ erfolgt sei, so halte er sich zu einer Aeußerung verpflichtet.

Dieselbe leiblich auf den Punkt richtend, auf welchen es jachlich ankommt, erkläre ich, daß — wenn auch selbstverständlich im Hinblick auf Besprechungen innerhalb der Staatsregierung — doch die Initiative zu den im Jahre 1872 vorbereiteten, anfangs 1873 dem Landtage vorgelegten und im Mai desselben Jahres Allerhöchstdi vollzogenen kirchenpolitischen Gesetzen von mir und nicht von Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck genommen worden ist. Die in meinen Händen befindlichen Schriftstücke zeigen, daß meine formulirten Vorschläge dem Genannten nicht eher zugegangen sind, als den übrigen Mitgliedern des Staatsministeriums.“

Diese Erklärung läßt immer noch die Frage offen, wer vor der Formulirung der Vorschläge bei den vorausgegangenen „Besprechungen innerhalb des Staatsministeriums“ die maßgebenden Grundgedanken der Maigesetzgebung angegeben hat.

Die Kriminalstatistik für das Jahr 1893 weist im ganzen Reiche die Verurtheilung von 430387 Personen wegen 534973 strafbarer Handlungen nach, gegen das Vorjahr 8076 (1,9 Proz.) Personen und 970 (0,2 pCt.) Straftaten mehr. Gegen 1892 haben zugenommen die Verurtheilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion um 6713 Personen und 7195 Handlungen, gleich 10,1 bzw. 10,0 pCt. und wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Person um 14175 Personen und 15051 Handlungen, gleich 9,0 bzw. 8,7 pCt. Abgenommen haben dagegen die Verurtheilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen um 12795 Personen und 21210 Handlungen, gleich 6,5 bzw. 7,4 pCt., und wegen Verbrechen und Vergehen im Amte um 15 Personen und 66 Handlungen, gleich 1,0 bzw. 1,4 pCt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Gegen den Genossen Schaur in Lörrach, der seiner Zeit wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch Verbreitung der „Berner Tagwacht“, verhaftet und dann gegen Kaution freigelassen wurde, ist das Verfahren eingestellt und Schaur außer Verfolgung gesetzt worden.

Nach Gotha folgt Hessen. Den großartigen Siegen unserer Partei ist jetzt Hessen, wo z. Bt. ebenfalls Landtagswahlen stattfinden, gefolgt. Wir meldeten bereits gestern, daß Mainz glänzend erobert ist. Für unsere Partei wurden 1635 Stimmen (1890 nur 1282) abgegeben. Das Centrum erhielt 1270, die Nationalliberalen 797, die Demokraten und Freisinnigen 652 Stimmen. Die Wahlbetheiligung war lebhafter als früher. Beide städtische Mandate sind von uns behauptet worden. Somit können wir die besten Hoffnungen für die Reichstagswahl haben. — Auch bei der Landtagswahl für Offenbach (Stadt) haben wir glänzend gesiegt und den nationalliberalen Kammerpräsidenten aus dem Felde geschlagen. In Offenbach (Land) mußte der ultramontane Kandidat daran glauben. Ein Bravo unseren hessischen Genossen!

Schweiz.

Das dreihundertige Referendum. Bei der Volksabstimmung am Sonntag wurde das Eisenbahnrechnungsgesetz, dieser Dorn im Auge der rassistigen Eisenbahnbarone, mit ungefähr 218 000 gegen 174 000 Stimmen angenommen. Welcher Schmerz für Herrn Guyer-Zeller, der Eisenbahnkönig in Zürich, welche unnutzen Geldausgaben für Presse und Agitation! Die Annahme des Gesetzes ist ein kultureller und wirtschaftlicher Erfolg für das Schweizervolk. Das Viehhandelsgesetz wurde mit einer kleinen Mehrheit, das Disziplinarstrafgesetz mit einer erdrückenden Mehrheit abgelehnt.

Oesterreich-Ungarn.

Militär gegen streikende Bergarbeiter. Ueber den Streik im nordwestböhmischen Kohlenrevier berichtet die Wiener „Arb. Ztg.“:

Man hat eine neue Methode gefunden, gegen streikende Arbeiter vorzugehen. Während sonst die Gensdarmen einzelne Streikende und Gruppen von ihnen mit ihren Bayonetten zu bedrohen und eventuell mit den Mannlicher-Gewehren niederzuschießen, überhaupt „Exempel zu statuiren“ hatten, wird diesmal eine neue Strategie angewendet und die Aktion von vornherein in die Hände des Militärs gelegt. Man führt einen regelrechten Feldzug gegen die armen Menschen, die leider ohne leistungsfähige Organisation und ohne zielbewusste Führung sich gegen die Urheber ihres Glends aufbäumen und einen verzweifelten Versuch machen, ihr Joch abzuschütteln. Fast so viele Soldaten, als es Streikende giebt, sind auf den Kriegsschauplatz entsendet worden und die Bergleute werden voraussichtlich bald zu der Erkenntniß gekommen sein, daß die Grubenbesitzer unter dem Schutze der Bayonnette stehen, und daß sie selbst die Wahl haben, ruhig weiter zu hungern oder — auf dem Schlachtfelde zu bleiben. Die militärische Besatzung wäre gegenüber einem autoorganisirten Streik ganz wirkungslos und unschädlich, bei dem krampfartigen und ungeordneten Charakter dieser Bewegung aber ist zu erwarten, daß die „Ruhe“ des Kirchhofes bald hergestellt sein wird. Die Bergarbeiter jenes Reviers haben gewiß alle Ursache zum Kampf: aber es ist ein Jammer, daß die Kraft nutzlos vergeudet wird, bevor die Vorbedingungen zu erfolgreichem Kampfe geschaffen sind.

Die Ursachen des Streiks sind natürlich nicht politischer Natur, wie die Offiziösen der Grubenbesitzer glauben machen wollen, sondern liegen in der elenden Lage der Arbeiter. Ueber ihre augenblicklichen Forderungen gehen die Angaben sehr auseinander, weil jede Klarheit und einheitliche Leitung fehlt. Als Hauptpunkte lassen sich die folgenden feststellen:

Zunächst begehren die Arbeiter eine halbwegs entsprechende Regelung der Unfallversicherung. Früher haben die Unternehmer die Arbeiter bei privaten Versicherungsgesellschaften versichert, und die Arbeiter mußten einen Theil der Kosten zahlen. Aber selbst dies kam den Gewerkschaften zu theuer, und so beschloßen sie, einen Fonds zu gründen, aus dem sie in ihren Betrieben verunglückte Arbeiter im Gnadenwege betheiligen wollen. Gestützt darauf, daß die staatliche Unfallversicherung die gewerblichen Arbeiter viel besser versorgt, verlangen nun auch die Streikenden eine anständige Unfallversicherung und erklären, auf die Gnade ihrer Ausbeuter pfeifen zu wollen. Sie wollen ein Recht auf Versorgung im Falle ihrer Verunglückung haben und nicht von Gnaden abhängig sein. Darum verlangen sie die Einführung der Unfallversicherung durch entsprechende gesetzliche Aenderung der Bruderladen. Wie die Verhältnisse heute stehen, beziehen die Arbeiter im Falle ihrer Verunglückung, wenn sie total arbeitsunfähig sind, eine

vortreffliche Wiedergabe. Die Einleitung zum 2. The wurde von der Kapelle besonders gut geliebt. — Den Schluss des Abends machte ein Moser'scher Schwanz „Festor“, der infolge der guten Darstellung die Zuschauer in Bewegung setzte. Ganz besonders waren es zwei alte, liebe Bekannte aus früheren Jahren, welche ihr Theil zum Gelingen des Ganzen beitrugen: Fräulein Währ, die einen jübischen Selbsterfinder vortrefflich verkörperte, und Herr Kunze, der nach glücklich verlaufener Militärdienst, zum ersten Male (als Hanselrecht August) wieder auftrat und sich logisch alle Herzen wieder eroberte.

Stiermang-Bismarkt.

Hamburg 6. October

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 1960 Stück, davon vom Norden 61 vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwach 47 49 51 leichte 46 48 50, Sauren 36 42 51 und Ferkel 42 48 51 pr. 100 Pf.

Der Rindviehhandel verlief gut. Angeführt wurden 1100 Stück unverkauft blieben — Stück. Preise: beste 80—92 Mk., geringere 60—70 Mk. per 100 Pf.

Lübder Getreidepreise.

		6 October	
Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund			
Weizen	14 Mk.	—	14 Mk. 70 Pf.
Roggen	11	—	12
Gerste	11	50	12
Hafer	12	—	11
Erbsen	11	50	12
Weiße Bohnen	15	—	16
Grüne	15	—	16
Wappeln	—	—	—
Rüben	—	—	—

Angekommene und abgegangene Schiffe in Lübeck.

Angekommen:		Dienstag, den 6. October.	
Vormittags.			
9,35 D. Adler, Lübeck, von Wismar in 4 St.			
11,-- D. J. P. Dillberg, Vergh, von Kopenhagen in 16 St.			
11,50 D. Meta, Ehler, von Rostock in 4 St.			

Nachmittags.

2,10 D. Neva, Prestin, von Petersburg in 5 Tg.
3,40 D. Condor, Ohlsen, von Sonderburg in 12 St.
3,55 D. Luba, Lomer, von Königsberg in 50 St.
Mittwoch, den 7. October.

Vormittags.

6,40 D. Drophens, Deise, von Swinemünde in 30 St.
7,25 D. Rajaden, Möller, von Kopenhagen in 15 St.
Abgegangen:
Dienstag, den 6. October

Nachmittags.

7,30 D. Gustaf Wasz, Svedberg, nach Karlskrona.
Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr 3/4 SW.
Sturmisch. — 5,90 m.
Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Maja ist am 5. October von St. Petersburg auf hier abgedampft.
D. Dora ist in Danzig angekommen.
D. Casper ist am 6. October von Rönne auf hier abgegangen.
D. Alpha ist am 6. October von Swinemünde nach Karlskrona abgedampft.

zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber da durch keine Verantwortung

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübder Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Die Geburt eines Töchterchens zeigen an **W. Körner und Frau Luise** geb. Holst.

Lübeck, den 6. October 1896
Eine heizbare Stube für 1 od. 2 junge Leute, mit Morgens Kaffe, per Woche 2 Mark, zu vermieten. Peterstrasse 2.

J. Brustkern, Schuhmacher, Friedenstraße 30, empfiehlt sich zu allen in seinem Fach vorkommenden Arbeiten
NB. Reparaturen prompt und billig

Meinen werthen Kunden und Gönnern zur gest. Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage in der Dornestr. 15 eine Filiale eröffnet habe.
Hochachtungsvoll
H. Rieck jun.,
Düggstr. 42.

Gut gelochende
Magnum bonum
empfiehlt **C. Pichl,** Reiferstraße 29.

Neues Berliner Schirm-Magazin
8 Schlammacherstraße 8
Lübder's billigster Verkauf von soliden Sonnen- und Regenschirmen.
Bezüge und Reparaturen werden schnell, solide und billig angefertigt.
Hochachtungsvoll empfiehlt sich den geehrten Herrschaften die Firma
Stoppelman Lewertoff.

Frau J. Dentzau
Lübeck, Fackenburg Allee 1
in der Nähe des Bahnhofs
behandelt mit nachweislichem Erfolg
Heinischäden, Flechten, Hautkrankheiten und Drüsen.
Sprechzeit täglich von 10—4, Sonntags bis 2 Uhr
Unbemittelte freie Behandlung.

Sammlung
gemeinverständlicher Abhandlungen.

Wovon lebst Du?
Eine der besten Agitationsbroschüren.
Aus dem Russischen überfetzt von **Simon Dykstein.**
Zu beziehen durch die Expedition des Lübecker Volksboten.
Gr. Altesfähre 35/37.

COLOSSEUM.
Donnerstag den 8. October:
Gr. Concert u. Ball.
Anfang 8 Uhr.
Eintritt: Herren 40 Pf., Damen 20 Pf.
W. Dassler.

Vertegeln v. fetten Gänsen u. Enten
am Freitag den 9. October 1896.
Anfang 9 Uhr Morgens.
Hierzu ladet freundlichst ein
R. Jenner, Rockstraße 45.

Am Donnerstag den 8. October:
Verteigen von fetten Gänsen, Raachfleisch und Karpfen auf dem Ziehbillard.
Hierzu ladet ergebenst ein
C. Jürgens, Stabenstraße 10 und 12.

Durch den Preisrückgang in Caffee bin auch ich in der Lage, meine sämtlichen Caffee's im Preise zu ermäßigen und bedeutend zu verbessern.

Meine gebrannten Caffee's sind ebenso gut und billig, wie die jeder Concurrenz.

- Ich empfehle:
- | | |
|-------------------|-------------------|
| No. 0 zu 1,60 Mk. | No. 4 zu 1,20 Mk. |
| No. 1 zu 1,50 Mk. | No. 5 zu 1,10 Mk. |
| No. 2 zu 1,40 Mk. | No. 6 zu 1,00 Mk. |
| No. 3 zu 1,30 Mk. | No. 7 zu 0,90 Mk. |
- No. 8 Bruch-Caffee zu 0,80 Mk.

Wiederverkäufern billigste Bezugsquelle. **T. Buhrmann.**

Nicht

Holstenstraße 40, sondern
nur allein

25 Holstenstraße 25

befindet sich jetzt das

Special-Putz-Geschäft

von

D. Wagner

und bitte ich bei Einkäufen meinen verehrlichen Kunden und Kundinnen, sich nicht zu irren und sehr genau auf meine Firma zu achten.

Garnirte sowie ungarirte Damen- und Kinderhüte
zu bekannt billigen Preisen.

Alle im Putz- und Modeschach vorkommenden Artikel enorm billig.

D. Wagner

Holstenstraße
25.

!!! Achtung !!!

Große öffentl. Versammlung

aller in
Fabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Donnerstag den 8. October
Abends 8 1/2 Uhr
im „Concerthaus Flora“, Nebenhofstr.
Tages-Ordnung:
Die jetzigen Entlassungen auf der Thiel'schen und Evers'schen Fabrik und der neugegründete Arbeitsnachweis der vereinigten Metallindustriellen.
Der Einberufer.

Da die seitens der Metall-Industriellen sich vorbereitenden Zustände für die gesamte hiesige Arbeiterschaft von großer Bedeutung sind, wird ein zahlreicher Versammlungsbesuch erwartet.
D. O.

Ein neues Sopha für 23 Mk. zu verkaufen
Große Gröpelgrube 21.

F. M. & Co.

Freitag den 9. October,
Abends 8 1/2 Uhr.

„Zam Wolkusen“

Travemünde.
Verstossen
von Gänsen, Karpfen und Hasen
am Sonnabend den 10. October 1896,
wozu ergebenst einladet
W. Wegner, H. Dechow Nachfolg.

Club Fidelitas.

Sonntag den 11. October:
Gesellschafts-Abend
im Tivoli (Halle).
Anfang 8 Uhr. Damen frei.
Eingang Gewerkschaftsaal.
Der Vorstand.

Berein
für Gesundheitspflege und
Naturheilkunde
(arzneilose Heilweise.)

Vortrag

des Herrn **Adolf Danaschke,**
Rebaltens des „Naturarzt“
aus Berlin

am Freitag d. 9. Octbr. 1896
Abends 8 1/2 Uhr
im großen Casino-Saale,
Bedergrube 12.

Thema: Die Bedeutung der
deutschen Naturheilbewegung
für unser Volk.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu
50 Pf. in der Buchhandlung des
Herrn **G. Weiland,** Königstr. 72,
an der Abendkasse zu 75 Pf. zu
haben. — Vereinsmitglieder und
ihren Angehörige — § 3a der Satz-
ungen — haben freien Eintritt.

Mittwoch d. 21. Oct. 1896:
Vortrag
des Herrn **Dr. med. Kaninski**
aus Lübeck.
Thema: Die Lungenschwindsucht.

Neue Lohmühle

Sonntag den 11. October:
Gr. Apfelsinen-Ball
Eintritt frei.
Wilh. Klüssendorf.

Diese Woche:
Elsass-Lothringen.
Kaiser-Panorama
in der
Savaria
Circus Variété.
Täglich 1/2 8 Uhr:
Große Vorstellungen.

Sonntags:
Zwei große Vorstellungen, 4 u. 1/2 8 Uhr.
Wer Charles Noissée, Willy
Agoston u. J. Pepino und
den humorvollen **Kalnberg** nicht gesehen, hat
nichts gesehen. Da kann man wirklich lachen!
Dazu das **Nielsen-October-Programm.**
Vorverkauf an den bekannten Stellen.

Stadttheater in Lübeck.

Donnerstag den 8. October:
7. Abonnements-Vorstellung. 1. Abthl.: Man-
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.
Das Glück im Winkel.
Freitag den 9. October:
8. Abonnements-Vorstellung. 2. Abthl.: Gelb-
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.
Freitag-Abonnement Nr. 2
Der Trompeter von Säckingen
Oper in 3 Aufzügen von Resler.

Ein Sozialistentöchter vor Gericht.

Tilsit, 2. Oktober.

Ein weiterer Zeuge ist Rechtsanwalt Theising: Im Sommer 1895 sei Stadtrath Witschel eines Tages in sehr aufgeregter Weise zu ihm gekommen und habe ihm erzählt: er habe soeben den Garwehn getroffen. Dieser habe ihm gesagt: er habe ihm weder geschlagen, noch vom Hofe hinuntergeworfen. Witschel habe ihn (den Zeugen) ersucht, den Garwehn zu Protokoll zu vernehmen. Er habe dies aber abgelehnt mit dem Bemerkten, daß es das Beste sei, wenn Garwehn sofort von der Staatsanwaltschaft vernommen werde. Er habe auch mit Witschel den Garwehn zur Staatsanwaltschaft begleitet. — Es erscheint danach als Zeuge Amtsrichter Katlun: Im Sommer 1895 sei er als Assessor bei der hiesigen Staatsanwaltschaft beschäftigt gewesen. Am 15. Juli Nachmittags seien Rechtsanwalt Theising und Stadtrath Witschel ins Bureau gekommen mit der Bitte, doch sofort den Garwehn zu vernehmen, da dieser anderenfalls beeinflusst werden könnte. Er (Zeuge) habe sich dazu bereit erklärt. Sehr bald sei ihm auch Garwehn gebracht worden. Dieser habe auf sein Befragen sofort gesagt: „Geschlagen habe ich den Stadtrath nicht.“ Aus Anlaß der Betonung des Wortes „Schlagen“ habe er den Garwehn gefragt, ob er denn sonst mit dem Stadtrath Witschel etwas vorgehabt habe. Garwehn erwiderte: Er habe den Stadtrath vom Hofe gewiesen, und da dieser nicht sofort gehen wollte, habe er ihn mit der einen Hand am Genick, mit der anderen an der kurzen Spitze gepackt und ihn so gewaltsam aus dem Hofe hinausgestoßen.

Der folgende Zeuge ist Rechtsanwalt Anders: Im Februar v. J. kam der Angeklagte einmal in sehr aufgeregter Weise in mein Bureau mit dem Bemerkten: Ich fordere Sie auf, das Schriftstück, das Sie von meiner Frau haben, sofort herauszugeben. Sie haben durch Ihren Rath meine Frau so weit gebracht, daß sie jetzt sehr krank ist. Ich verfehte: Das ist ja eine Unverschämtheit, raus aus meinem Bureau! Der Angeklagte drohte mir, mich dem Ehrenrath anzuzeigen. — Witschel: Der Herr Rechtsanwalt hat meiner Frau einen sehr einseitigen Rath gegeben. Ich ärgerte mich umso mehr darüber, da meine Frau sehr nervös ist. Ich begab mich deshalb ins Bureau zu dem Herrn Rechtsanwalt und stellte ihm wegen seines Verhaltens zur Rede. Ich sagte zu dem Rechtsanwalt: Ich finde es sehr eigentümlich, daß Sie einer Frau einen juristischen Rath geben, ohne vorher den Ehemann zu fragen. Ich drohte auch dem Rechtsanwalt, ihn bei dem Ehrenrath anzuzeigen. Diesen Vorgang theilte ich meinem Rechtsanwalt mit, und dieser sagte mir: er finde den Vorgang auch sonderbar und stelle mir anheim, dem Ehrenrath Anzeige zu machen. — Prof.: Leben Sie denn mit Ihrer Frau außer Gütergemeinschaft? — Witschel: Jawohl.

Weinhändler Nuttkowski: Der Angeklagte habe vielfach in seiner Weinstube verkehrt und schwere Weine getrunken. Ein starker Trinker sei der Angeklagte aber

nicht. — Kellner Langsheit: Stadtrath Witschel habe vielfach in der Weinstube von Westphal, woselbst er (Zeuge) bedienstet war, verkehrt. Der Stadtrath habe täglich 1, auch 2 Flaschen schweren Wein getrunken, angetrunken aber habe er den Stadtrath niemals gesehen.

Ein weiterer Zeuge ist Oberpolizeikommissar Stadie: Stadtrath Witschel habe stets einen Revolver getragen; ob dies schon 1893 der Fall war, könne er nicht sagen. In dem letzten Jahre habe der Angeklagte jedenfalls einen Revolver bei sich getragen. Er habe nicht wahrgenommen, daß der Angeklagte geisteskrank sei, es habe ihm aber erschienen, als ob der Angeklagte, insbesondere in der letzten Zeit, an Gedächtnisschwäche gelitten habe. — Präs.: Woraus entnehmen Sie das? — Zeuge: Der Herr Stadtrath hat oftma's General- und auch Spezialbefehle mehrfach gegeben. — Präs.: Ist Ihnen bekannt, ob Witschel feige war, oder ob er Tapferkeit und Muth besaß? — Zeuge: Feige war der Herr Stadtrath nicht, im Gegentheil, er hat, insbesondere in sozialdemokratischen Versammlungen, stets großen Muth bewiesen. Er hat, obwohl er doch stets in Civil war, die Begleitung eines bewaffneten Beamten regelmäßig abgelehnt.

Präs.: Sind Sie der Meinung, daß Witschel im entscheidenden Moment auch von seinem Revolver Gebrauch gemacht hätte? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen.

Präs.: Bei dem Untersuchungsrichter aber haben Sie zu Protokoll gegeben: Sie glauben, Witschel würde im entscheidenden Moment nicht von seinem Revolver Gebrauch gemacht haben. — Witschel: Ist dem Zeugen bekannt, daß ich einmal von einer ganzen Reihe von Maurern verfolgt wurde, die Begleitung von Beamten jedoch abgelehnt habe? — Zeuge: Jawohl. — Witschel: Ist dem Zeugen bekannt, daß ich einmal auf der Straße einen Commis vor den Angriffen eines großen, starken Mannes geschützt habe? Der Mann, dessen Verhaftung ich veranlaßte, ist von der hiesigen Strafkammer verurtheilt worden. — Zeuge: Davon habe ich gehört. — Der Präsident bemerkt: Der Gerichtshof werde sich die Akten von dieser Strafsache bringen lassen. — Gefängnisinspektor Concerwicz, der hierauf als Zeuge erscheint, bekundet: Der Angeklagte sei wohl bisweilen sehr aufgeregter gewesen, er habe aber nicht etwas wahrgenommen, was darauf schließen ließe, daß der Angeklagte geistig nicht normal sei. — Witschel: Ich bemerke, ich bin wohl in Folge Ueberarbeitung sehr nervös, ich bin aber vollständig geistig gesund. — Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Zimmerer: Ist es dem Zeugen vielleicht bekannt, daß der Angeklagte nach seiner Verhaftung drei Tage u d drei Nächte lang wie betäubt auf einem Schemel gesessen hat? — Zeuge: Das ist mir nicht bekannt. — Witschel: Ich war allerdings nach meiner Einlieferung in's Gefängnis furchtbar erregt und erschöpft, da ich die ersten drei Tage nur einen Teller Suppe und ein Stück Brod bekam. Ich hat, mir doch wenigstens, und zwar auf meine Kosten, eine Tasse Thee und eine Semmel zu geben, es wurde mir aber erwidert, daß dies Sache der Verwaltung sei. Erst nach mehreren Tagen wurde die Beföstigungsfrage geregelt. Auch mußte ich sechs Tage und sechs Nächte auf einem Holzschemel ohne Lehne sitzen, da ich mich nicht auf's Stroh legen

wollte. Meine eigenen Decken und Matrasen, die ich aus meiner Wohnung holen wollte, wurden mir in den ersten sechs Tagen und Nächten verweigert. — Dr. med. Burou: Er habe den Angeklagten mehrfach auf dem Polizeibureau schwere Weine trinken sehen. Auch des Abends habe der Angeklagte viel und schweren Wein, zumeist Sherry, getrunken. — Präs.: Haben Sie den Angeklagten einmal angetrunken gesehen? — Zeuge: Einmal habe ich den Angeklagten in betrunkenem Zustande auf der Straße gesehen. — Präs.: War der Angeklagte sehr betrunken? — Zeuge: Jawohl. — Präs.: Turkelte er? — Zeuge: Nein, aber er konnte gar nicht ordentlich sprechen. — Es wird hierauf die kommissarische Aussage der Frau Werthmann verlesen. Diese hat bekundet: Sie habe genau gesehen, daß Garwehn den Stadtrath Witschel aus ihrem Hofe hinausgeworfen habe. — Das alsdann verlesene Protokoll des Lokaltermins auf dem Werthmannschen Grundstück ergiebt, daß die verschiedenen Zeugen von dem Fenster ihrer Wohnungen den bekundeten Vorgang genau sehen konnten. — Endlich wird noch das Erkenntniß in der Strafsache verlesen, in welcher Witschel einem auf der Straße angegriffenen Handlungsgehilfen gegen einen großen starken Mann Hilfe geleistet hat. Es geht aus diesem Erkenntniß hervor, daß Witschel damals, da der Mann thätlich gegen ihn wurde, den Revolver zog. Der Mann sei daraufhin entflohen, aber kurze Zeit darauf verhaftet worden.

Hier trat bis 4 Uhr Nachmittags eine längere Pause ein.

Nach beendigter Zeugenvernehmung, durch welche der Angeklagte erheblich belastet wurde, erklärten die medizinischen Sachverständigen übereinstimmend, daß der Angeklagte an einer fortschreitenden allgemeinen Paralyse leide, keine freie Willensbestimmung habe und am 13. Dezember 1895 der Meinung gewesen sei, daß er die Wahrheit sage. Die Beweisaufnahme wurde danach geschlossen, die Schuldfrage formulirt und die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Am Sonnabend bekundeten die ärztlichen Sachverständigen, daß der Angeklagte verhandlungsfähig und im Stande sei, seine Verteidigung zu führen. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfrage im vollen Umfange der Anklage zu bejahen, die Verteidiger beantragten die Freisprechung. Die Geschworenen verneinten die beiden Schuldfragen. Daraufhin wurde der Angeklagte freigesprochen und sogleich in Freiheit gesetzt. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Soziales und Partei-Leben.

Stuttgart. Die hiesigen Räder beschlossen in einer Versammlung eine Eingabe an die Meister, in der verlangt werden soll: zehneinhalbstündige Arbeitszeit incl. Vesper, also neuneinhalbstündige effektive Arbeitszeit; für Ueberstunden 33%, Sonntags 50 Prozent Aufschlag, ein Minimallohn von wöchentlich 6 Mark mit Kost, und 20 Mark ohne solche, Beseitigung der vierwöchentlichen Zahlungsfrist, Stägiger Zahlung am Freitag und volle Koalitionsfreiheit.

Die Lippen aufeinandergepreßt, läßt er seine Hand mit der Feder über das Papier gleiten.

Schwer und langsam geht die Arbeit vor sich.

Endlich ist's geschehen.

Mit dem frühesten Morgen wird alles befördert, die telegraphischen Anfragen, die Briefe an den Vater in Sternberg.

Nun könnte Hans von Heimen nicht schlafen.

Mit einem Achzen erhebt er sich, weiß er doch, daß sich in dieser Nacht unmöglich seine Lider zu erquickendem Schlummer schließen werden.

Mit Schrecken sieht er in die düstere, unheimliche Zukunft.

Es mag schon spät in der Nacht sein.

Der Lärm auf den Straßen hat mehr und mehr nachgelassen —

Kenate warf sich die ganze Zeit von einer Seite zur anderen.

Jetzt fährt sie empor, streicht mit beiden Händen die Haare aus dem Gesicht und springt sodann auf den teppichbelegten Boden.

„Nein, ich ertrage die Qual nicht länger mehr!“ stöhnte sie mit trockenen Lippen. „Ich will fort, — fort, zur Mutter, wo ich mich ausweinen kann. Das ist wohl der einzige Ort, der mir geblieben ist. Dort finde ich die Wahrheit.“

Hastig klebete sie sich an. Der Mondschein leuchtete ihr allein.

Ein Tuch um den Kopf werfend, schleicht Kenate durch die Zimmer, ängstlich laufend auf jedes Geräusch das an ihr Ohr dringt.

„Wie eine Verbrecherin —“ murmelt sie, und dann überläuft sie ein Frösteln.

Verbrecherin! Ihr Gatte hat sie das Kind eines Verbrechers genannt. Er war selber kaum recht bei Sinnen. Schaum stand ihm auf den Lippen und seine Rechte hielt

Mit dem Braudmal.

Roman von Gebhard Schäfer-Perasini.

(43. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nun!“ fragt Frau Anna.

„Sie schläft —“ antwortet er, zur Seite blickend.

Es ist die erste Lüge seines Lebens.

Mir war es vorher — ich hörte einen Seufzer?

Kenate ist doch nicht ernstlich erkrankt?“

„Nein, nein — es wird rasch vorübergehen. Nur Ruhe thut ihr Noth!“

„Dann will ich wieder gehen. Benachrichtigen Sie mich morgen früh?“

„Gewiß, gewiß —“

Frau Anna entfernt sich, von dem Assessor zum Wagen geleitet.

Seltener Weise vergißt heute Hans gänzlich, Einem von ihnen die Hand zu reichen.

Es ist ein frostiger Abschied, aber dennoch spricht man sich nicht darüber aus.

In seinem Hotel angekommen, sinkt Weihold kraftlos auf einen Stuhl.

„Ist das Unglück wieder da?“ murmelt er. „Ach, diese Schatten, die aus der Vergangenheit herüberreichen. In ihrer Eiskälte erfriert das Glück mit dem Frieden!“

Nach einer Weile springt er energisch auf und durchmisst das Zimmer mit seinen Schritten.

„Ich muß ihm vorbeugen! Nicht schneller, als seine Anfrage, gelangt meine Nachricht nach Newyork — aber zu gleicher Zeit. Vielleicht gelingt es doch noch einmal die drohenden Wolken zu zerstreuen. Dann aber scheide ich für immer von Europa, wo mich nur Unwetter empfängt, sobald ich auftauche.“

Er tritt an das Fenster, blickt hinauf nach dem dunklen mit tausend Lichtern übersäeten Nachthimmel.

„Scheiden — für immer von Dir, deutsche Heimath, von meinem eigenen Blute! Aber es muß sein — muß! Wenn ich den Blitz herunterbeschwöre, vernichtet er nicht nur mich, mein Weib — nein, auch unschuldsvolle, jugendfrische Blüthen. Darum — Ade!“

22.

Kenate liegt in den Kissen mit offenem Blick.

Eben ist Hans gegangen. Nun wartet die junge Frau auf seine Rückkehr.

Daß draußen die Mutter steht, ahnt sie wohl. O, läme sie doch herein zu ihrem Kinde.

Aber nach langer Weile geht unten eine Thür und dann rollt ein Wag n davon.

Kenate starrt in das Mondlicht, das mit magischem Schein ihr Haupt umgiebt.

Im Salon wird ein schwach verhallender Laut vernommen. Hans kehrt zurück.

Wird er kommen und seinem Weibe sagen, wie sich Alles verhält, das qualvolle Empfinden von ihrer Seele nehmen?

Er kommt nicht. Es wird jetzt vollkommen ruhig im Hause.

Hans läßt sein Weib allein mit ihrem Jammer.

Kenate vergräbt das Gesicht in den Kissen und ein Laut des Jammers zieht über ihre Lippen.

Hans von Heimen sitzt mit ernstem Ausdruck vor seinem Schreibtisch.

Um Jahre scheint der Mann gealtert zu sein. Eine tiefe Falte hat sich zwischen die Brauen eingegraben; sie verliert sich nicht.

Keine Spur ist in dieser Nacht mehr zu entdecken von dem einstigen harmlosen Wesen Heimens, wie dieser sich gab zu Sternberg.

